



## Washington News

Nr. 22 vom 6. Juni 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Reaktionen auf mögliche US-Zölle gegen Mexiko**
- **Kartellrechtliche Untersuchung des US-Digitalmarkts angekündigt**
- **Strengere Reisebeschränkungen für Kuba**
- **Gesundheitstrends beflügeln die US-Ernährungsbranche**
- **US-Visaanträge fordern nun Social-Media-Benutzernamen**
- **Forschungsdiebstahl und ausländische Gastforscher**
- **Workforce Development für digitale Infrastruktur**

### Diese Woche in Washington

Mitglieder beider Parteien des *Financial Services Committee* im Repräsentantenhaus haben sich dagegen ausgesprochen, dass die *Export-Import Bank* (ExIm) Kreditgarantien für gewisse Sektoren oder Einzelunternehmen deckelt. Auch Interessenvertreter wie die *National Association of Manufacturers* und die *U.S. Chamber of Commerce* sprachen sich in einer Anhörung vor dem Ausschuss gegen Beschränkungen aus. Die Ausschussvorsitzende Maxine Waters (D-CA) und ihr republikanischer Kollege Patrick McHenry (R-NC) arbeiten derzeit an einem Gesetzentwurf zur Neu-Bevollmächtigung der Bank ab Oktober.

Im Bankenausschuss des Senats fand eine [Bestätigungsanhörung](#) zu verschiedenen wirtschaftsrelevanten Posten statt. Als nächster *Assistant Secretary* für globale Märkte und Direktor des *US Foreign Commercial Service* wäre Ian Steff für die Förderung der US-Exporte und des US-Geschäfts im Ausland zuständig. Thomas Feddo wäre der erste *Assistant Secretary* für Investitionssicherheit im Finanzministerium. Die Stelle wurde im Rahmen der Modernisierung des Systems zur Kontrolle der ausländischen Investitionen in den USA geschaffen. Nach seiner Bestätigung würde Feddo CFIUS beaufsichtigen. Nazak Nikakhtar würde das US-Exportkontrollsystem als *Undersecretary* für Handel, Industrie und Sicherheit verwalten. In ihrer derzeitigen Rolle war sie am *Section 232*-Bericht über Autos und Autoteile beteiligt.

Die Thematik neuer Zölle und die damit verbundenen Kosten für kleine Unternehmen und Verbraucher erreicht vermehrt die breite Öffentlichkeit. Nachdem bereits die *Federal Reserve Bank of New York* in einer [Studie](#) auf die mit neuen Zöllen verbundenen Kosten für Haushalte hingewiesen hatte, äußert sich auch die *National Federation of Independent Business* (NFIB) besorgt. Für kleine Unternehmen sei es

### Kurzmeldungen

#### US-Visaanträge fordern nun Social-Media-Benutzernamen

Das US-Außenministerium hat die Antragsformulare für US-Einwanderer- und Besuchervisa [aktualisiert](#). Zusätzlich zu Telefonnummern und E-Mail-Adressen müssen Antragsteller von nun an auch die Benutzernamen ihrer Social-Media-Konten der letzten fünf Jahre angeben. Ausgenommen von der Regelung [sind](#) A-1, A-2, G-, NATO-, und gewisse Transitvisa, sowie Reisende, die die USA unter dem *Visa Waiver Program* (z.B. ESTA) besuchen. Mit diesem Update setzt das US-Außenministerium die Anordnungen der [Executive Order 13780](#) und des [Memorandums](#)

wesentlich schwieriger, ihre etablierten Wertschöpfungsketten aus China in andere Länder zu verlagern, so der Chefökonom der NFIB William Dunkelberg. Wenn die höheren Produktionskosten und Zölle nicht mehr von den Unternehmen abgefangen werden können, sähen sich Konsumenten mit höheren Preisen konfrontiert. (cs/ch)

---

## Reaktionen auf mögliche US-Zölle gegen Mexiko

Nachdem US-Präsident Donald Trump am letzten Freitag angekündigt hat, Zölle von 5% auf mexikanische Importe ab dem 10. Juni zu verhängen, gibt es kritische Reaktionen aus dem US-Kongress sowie von Interessensvertretern. US-Senator Ron Johnson (R-WI) hat am Dienstag nach einem Treffen mit republikanischen Senatoren davor gewarnt, dass der Senat die Zölle durch eine *disapproval resolution* blockieren könnte. Auch das Überstimmen eines Vetos des Präsidenten mit einer 2/3-Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses sei eine Möglichkeit. US-Senator Ted Cruz (R-TX) kritisierte die Zölle als eine zusätzliche Steuer für den Bundesstaat Texas.

Am Dienstag erklärte Präsident Trump, dass die Zolleinführung wahrscheinlich sei. Unterhändler aus Mexiko treffen sich in diesen Tagen in Washington mit US-Außenminister Michael Pompeo, dem US-Vizepräsidenten Michael Pence sowie dem US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer, um geeignete Maßnahmen zu finden, illegale Übertretungen der südlichen Grenze der USA einzudämmen und somit Zölle auf mexikanische Importe doch noch abzuwenden.

Die *US Chamber of Commerce* hat kurz nach der Ankündigung eine [Studie](#) veröffentlicht, die die wirtschaftlichen Auswirkungen möglicher Zölle auf einzelstaatlicher Ebene analysiert. Zölle von 5% auf mexikanische Importe stellten zusätzliche Kosten für US-Konsumenten und Unternehmen von 17 Milliarden US\$ dar. Der *National Council of Textile Organizations* und die *American Apparel & Footwear Association* haben in einer gemeinsamen [Stellungnahme](#) erklärt, dass solche Zölle zu Jobverlusten und einer geschwächten Wettbewerbsfähigkeit der US-Textilindustrie führten. (kw)

---

## Kartellrechtliche Untersuchung des US-Digitalmarkts angekündigt

Der von den Demokraten geführte Rechtsausschuss im Repräsentantenhaus hat eine parteiübergreifende kartellrechtliche Untersuchung des US-Digitalmarkts [angekündigt](#). Der Ausschuss will hierzu Dokumente, Stellungnahmen und Informationen einzelner Unternehmen anfordern und in einer Reihe von Anhörungen im Unterausschuss für Kartell-, Wirtschafts- und Verwaltungsrecht prüfen, ob eine kleine Anzahl marktbeherrschender Technologieunternehmen durch wettbewerbswidrige Vorgehensweisen eine Monopolstellung im Markt erlangt haben.

Diese Evaluierung des amerikanischen Digitalmarkts und der

[des Präsidenten](#) vom März 2017 um. (vm)

---

## Forschungsdiebstahl und ausländische Gastforscher

Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat Chuck Grassley (R-IA) hat in einem [Meinungsbeitrag](#) auf die Thematik des Diebstahls wissenschaftlicher Forschungsergebnisse durch ausländische Gastforscher hingewiesen. US-Steuerzahler hätten ein Recht zu wissen, von wem Gastwissenschaftler an öffentlichen US-Einrichtungen finanziert werden. Es könnten dann bessere Rückschlüsse gezogen werden, ob sich ein Forscher einer ausländischen Regierung oder der Integrität amerikanischer Forschung gegenüber verpflichtet sähe. Unter dem Titel *Foreign Threats to Taxpayer-Funded Research: Oversight Opportunities and Policy Solutions* fand am Mittwoch eine entsprechende [Anhörung](#) im Senat statt. (cs)

---

## Workforce Development für digitale Infrastruktur

Der Unterausschuss für *Workforce Development* im Repräsentantenhaus hat eine [Anhörung](#) zum Thema *Mind the Skills Gap: Apprenticeships and Training Programs* durchgeführt. Im Fokus stand die Frage, wie die öffentliche Hand und die Privatwirtschaft



vermeintlichen Marktmacht einzelner Firmen ist die erste in der Geschichte des Kongresses und hat zum Ziel, die bestehende Gesetzgebung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Demokraten und Republikaner des Rechtsausschusses unterstützen die Untersuchung gleichermaßen. Laut des Ausschussvorsitzenden Jerrold Nadler (D-NY) sei es angesichts der zunehmenden Konzentration und Konsolidierung der Wirtschaft wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit des Digitalmarkts sowie die Kartellgesetze zu untersuchen. Jim Sensenbrenner (R-WI), Mitglied des Unterausschusses für Kartellrecht, merkte an, dass darüber diskutiert werden müsse, wie rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Fairness und Wettbewerb zu gewährleisten.

Eine erste [Anhörung](#) im Unterausschuss ist für den 11. Juni 2019 vorgesehen und wird sich mit den Auswirkungen digitaler Plattformen auf Nachrichtenorganisationen befassen. (vm)

---

## Strengere Reisebeschränkungen für Kuba

Obwohl es US-Bürgern grundsätzlich nicht gestattet ist, nach Kuba zu reisen, gibt es gewisse Ausnahmen, die den US-Tourismus in den vergangenen Jahren in Kuba ansteigen ließen.

Diese Woche hat das [US-Finanzministerium](#) die häufig verwendete Ausnahme der *People-to People*-Gruppenreisen zu Bildungs- und Kulturzwecken zurückgenommen. Reisegruppen, die bereits mindestens eine reisebezogene Transaktion wie den Kauf eines Flugtickets oder die Reservierung eines Hotelzimmers gebucht haben, dürfen mit ihren Reiseplänen fortfahren. Reisen unter den Kategorien Familienbesuche, humanitäre Hilfe, akademische Forschung, Journalismus und berufliche Tagungen sind weiterhin erlaubt. Auch das [US-Wirtschaftsministerium](#) geht gegen Kuba vor, indem es seine Regelungen zur Anreise nach Kuba verschärft hat. Reisen aus den USA mit privaten, nicht-kommerziellen Flugzeugen sowie mit Passagier- und Freizeitschiffen (z.B. Kreuzfahrtschiffe, Segeljachten und Fischerboote) sind verboten. Kommerzielle Flüge und Frachtschiffe aus den USA sind weiter zulässig.

Finanzminister Steven Mnuchin begründete die neuen Maßnahmen als Reaktion auf Kubas destabilisierende Rolle in der westlichen Hemisphäre. Laut des US-Wirtschaftsministers Wilbur Ross seien 142.721 US-Bürger in den ersten vier Monaten dieses Jahres mit Kreuzfahrtschiffen nach Kuba gereist. Die jetzt beschlossenen Einschränkungen würden dem kubanischen Militär und Geheimdienst wesentliche Einnahmequellen entziehen, so Ross. (ch)

---

## Gesundheitstrends beflügeln die US-Ernährungsbranche

### Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die Einzelhandelsumsätze mit Nahrungsmitteln und Getränken haben 2018 gegenüber dem Vorjahr um 3,5

besser zusammenarbeiten können, um Arbeitskräfte für zukünftige Jobs auszubilden. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund des anstehenden Ausbaus der digitalen und 5G-Infrastruktur ausschlaggebend, so der CEO der Telekommunikationsfirma Tilson, Joshua Broder. Als eine der ersten Firmen beteilige sich Tilson an dem *Telecommunications Industry Registered Apprenticeship Program* ([TIRAP](#)). (cs)



Prozent zugelegt auf gut 743 Milliarden US-Dollar (US\$). Mit rund 30 Prozent machen Produkte aus Fleisch, Geflügel und Fisch den größten Anteil des Branchenumsatzes aus. Auf Molkereierzeugnisse entfallen 15 Prozent, auf Getreide und Speiseöle 10 Prozent.

Der Handelsstreit mit wichtigen Abnehmerländern führt zu einem Angebotsüberschuss an Schweine- und Rindfleisch. Dadurch entstehen Preisrückgänge, die den Verbrauch dieser Produkte 2019 um 2 bis 3 Prozent beflügeln sollen. Der Konsum von Geflügelfleisch soll dagegen nur um 1 Prozent zulegen. Andererseits greifen besonders traditionelle Fleischesser zunehmend zu vegetarischen Alternativen. So hat zum Beispiel die Schnellrestaurantkette Burger King im Frühjahr 2019 einen Burger mit Fleischersatz eingeführt. Den vollständigen Beitrag finden Sie nach kurzer Registrierung kostenfrei [hier](#). (gtai)



**Audi**



**Lufthansa**



**EVONIK**  
POWER TO CREATE

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

## Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

### Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News  
erscheinen wöchentlich  
und berichten über aktuelle  
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by  
copyright law of the United States

**DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit**  
**[www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**

